

Antrag: Erhöhung Personalaufwand um Fr. 1'000'000

Begründung:

In jüngerer Vergangenheit hat die Kantonspolizei Basel-Stadt als Folge terroristischer Anschläge auf Städte in Westeuropa, insbesondere an Grossveranstaltungen wie der Herbstmesse, dem Weihnachtsmarkt oder aber auch der Bundesfeier am Rhein, ihre Antiterrormassnahmen erheblich verstärkt. Dieser verstärkte Mitteleinsatz zum Schutze der Bevölkerung wurde aus dem bestehenden JSD-Budget bestritten.

2017 schrieb das Eidg. Departement des Innern in seinem Bericht "über die Massnahmen des Bundes gegen Antisemitismus in der Schweiz", dass der Schutz jüdischer Einrichtungen als "Angelegenheit von nationaler Tragweite" anerkannt werden muss. Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) geht davon aus, dass jeweils in der Folge von Anschlägen in Europa das Risiko "für sogenannte Nachahmungstaten auf solche Ziele ( ... ) steigt".

Gemäss diesem Bericht besteht die Möglichkeit, dass der Kanton für Schutzmassnahmen, als Konsequenz dieser Erkenntnis über die erhöhte Risikolage, auch Mittel beim Bund beantragen kann. Der Bericht des EDI hält hierzu fest: "Soweit es sich um Massnahmen handelt, die - zumindest teilweise - in seinen verfassungsmässigen Zuständigkeitsbereich fallen, kann der Bund sich auch an deren Finanzierung beteiligen."

Diese Tatsachen führen aus Sicht der Antragssteller dazu, dass die Mittel für die Terrorbekämpfung eigentlich sofort, mit diesem Instrument aber für das Budgetjahr 2019, erhöht werden müssen. So kann sichergestellt werden, dass die Kantonspolizei über ausreichend Ressourcen für die Erhöhung der Sicherheit von Institutionen wie bspw. der Israelitischen Gemeinde verfügt.

Toni Casagrande, Patricia von Falkenstein, Beatrice Isler